

Reaktionen der Bevölkerung auf die Streichung des "Sputnik" von der Postzeitungsvertriebsliste der DDR

Ein Bericht an die Partei- und Staatsführung vom 30. November 1988 fasste die Reaktionen der DDR-Bevölkerung zum Verbot der sowjetischen Monatszeitschrift "Sputnik" zusammen.

Die sowjetische Monatszeitschrift "Sputnik" existierte seit 1967 und erschien in der UdSSR, in anderen sozialistischen Staaten und auch in westlichen Ländern. Das Magazin behandelte ein breites Themenspektrum und verzichtete weitgehend auf sozialistische Rhetorik. Mit Beginn von Glasnost und Perestroika in der Sowjetunion informierte "Sputnik" auch über die Reformpolitik Gorbatschows sowie über frühere Tabuthemen, wie die Aufarbeitung des Stalinismus. In der DDR bot die Zeitschrift ihren Lesern eine willkommene Abwechslung in der tristen Medienlandschaft.

Genau deshalb war sie der SED-Führung ein Dorn im Auge. Als eine Ausgabe von November 1988 einen Artikel über den in der DDR-Geschichtsschreibung gelegneten Hitler-Stalin-Pakt sowie eine Kritik an der Stalin-hörigen KPD der 20er Jahre enthielt, untersagten SED-Funktionäre am 18. November 1988 den weiteren Vertrieb der Zeitschrift in der DDR. Das Heft wurde eingezogen und eingestampft - mit der bemerkenswerten Begründung, die Zeitschrift enthalte "keinen Beitrag, der der Festigung der deutsch-sowjetischen Freundschaft dient, statt dessen verzerrende Beiträge zur Geschichte".

Das Verbot der Zeitschrift löste vielfachen Protest aus - von parteinahen Organisationen (wie der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft) bis hin zu Oppositionsgruppen, von Universitäten wie auch von einzelnen Bürgern. Über Tage und Wochen registrierte die Stasi spontane Protestaktionen, die von der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) in einem Bericht vom 30. November festgehalten wurden.

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 4244, Bl. 2-7

Metadaten

Diensteinheit: Zentrale Auswertungs- Datum: 30.11.1988
und Informationsgruppe

Reaktionen der Bevölkerung auf die Streichung des "Sputnik" von der Postzeitungsvertriebsliste der DDR

Zentrale Auswertungs-
und Informationsgruppe

Berlin, 30. November 1988

BStU
000002

HINWEISE

zu einigen bedeutsamen Aspekten der Reaktion der Bevölkerung im Zusammenhang mit der Mitteilung über die Streichung der Zeitschrift "SPUTNIK" von der Postzeitungsvertriebsliste der DDR

Vorliegenden umfangreichen Hinweisen aus allen Bezirken und der Hauptstadt der DDR, Berlin, zufolge löste die Mitteilung des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen über die Streichung der Zeitschrift "SPUTNIK" von der Postzeitungsvertriebsliste der DDR bereits unmittelbar nach Veröffentlichung in breiten, weit über den Abonnenten- bzw. Leserkreis der Zeitschrift hinausgehenden Schichten der Bevölkerung massive, sehr kritisch gehaltene Meinungsäußerungen aus, die trotz der zwischenzeitlich erfolgten Veröffentlichung des Kommentars "Gegen die Entstellung der historischen Wahrheit" in den Medien der DDR weiter anhalten.

Beachtenswert dabei ist, daß es kaum Meinungs- bzw. Argumentationsunterschiede bei den sich äußernden Personen zwischen Mitgliedern der SED und Parteilosen gibt.

In der Mehrzahl der Meinungsäußerungen widerspiegelt sich nach wie vor Unverständnis bis hin zu prinzipieller Ablehnung mit dem Grundtenor, daß diese Entscheidung politisch falsch sei.

In diesem Sinne äußern sich besonders heftig, teilweise außerordentlich aggressiv, Angehörige der wissenschaftlich-technischen, medizinischen, künstlerischen und pädagogischen Intelligenz sowie Studenten an allen Universitäten und Hochschulen der DDR. Von einer Vielzahl z. T. langjähriger Mitglieder und Funktionäre der SED sowie befreundeter Parteien u. a. progressiv und gesellschaftlich engagierter Bürger, wird diese Entscheidung zum Anlaß genommen, sich erneut kritisch zur Informationspolitik insgesamt zu äußern.

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 4244, Bl. 2-7

Blatt 2

Reaktionen der Bevölkerung auf die Streichung des "Sputnik" von der Postzeitungsvertriebsliste der DDR

BStU
000003

2

Personen, die die Entscheidung bezüglich des "SPUTNIK" als eine längst fällige Maßnahme bezeichnen, sind in der Minderheit, wobei aber auch sie heftig kritisieren, daß dieser Schritt ohne die erforderliche politisch-ideologische Vorbereitung der Bevölkerung getan wurde. Die Mitteilung darüber allein wäre keine Grundlage für die offensive Argumentation in den Gesprächen mit den Werktätern gewesen. Der in den Massenmedien der DDR veröffentlichte Kommentar "Gegen die Entstellung der historischen Wahrheit" und die darin vorgenommene Auseinandersetzung mit der verzerrenden Darstellung der Geschichte der KPdSU und der KPD in der Zeitschrift "SPUTNIK" werden zwar als hilfreich angesehen für die politisch-ideologische Arbeit, jedoch hätte dieser Kommentar vor oder zeitgleich mit der Mitteilung des Ministeriums für Post- und Fernmeldwesen veröffentlicht werden müssen. Die Partei habe sich damit erneut in die Defensive begeben. Aus diesem Grunde hätten Darstellungen und Kommentare aus Sendebeiträgen westlicher Medien spürbaren Einfluß auf die Meinungsbildung der Bevölkerung. Es sei unverständlich, warum dem Gegner erneut das Feld für seine ideologischen Angriffe überlassen worden sei.

Nach vorliegenden Hinweisen dominiert in Meinungsäußerungen auch nach Veröffentlichung des Kommentars die ablehnende Haltung zu dieser Entscheidung.

Hauptargument der sich mit Unverständnis und Ablehnung äußernden Personen ist, damit werde die Bevölkerung der DDR politisch entmündigt. Eine solche Maßnahme sei Ausdruck mangelnden Vertrauens der Partei- und Staatsführung in die politische Reife und das Staatsbewußtsein der Bürger der DDR. Progressive Kräfte, besonders in wissenschaftlichen Bereichen tätige, vertreten die Auffassung, daß damit der denkbar ungeeignetste Weg der Auseinandersetzung mit falschen Geschichtsauffassungen gewählt worden sei. Eine solche Entscheidung sei nicht mehr zeitgemäß. Es gäbe in der DDR eine Vielzahl befähigter Historiker, die eine überzeugende Auseinandersetzung mit falschen Auffassungen hätte führen können.

Reaktionen der Bevölkerung auf die Streichung des "Sputnik" von der Postzeitungsvertriebsliste der DDR

BStU
000004
3

Auch aus der Sicht der immer komplizierter werdenden Bedingungen für die weitere Gestaltung der internationalistischen Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten wird die Entscheidung als politisch unklug bewertet. Wiederholt wird in diesem Zusammenhang geäußert, daß die Partei- und Staatsführung der DDR damit erstmals eine Entscheidung getroffen habe, die in offener Konfrontation zur Politik der UdSSR stehe.

Das diene nicht der Festigung der deutsch-sowjetischen Freundschaft und den brüderlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten.

Diese Entscheidung habe nach Meinung der sich in diesem Sinne äußernden Personen auch weitergehende negative Auswirkungen auf die Wirksamkeit der gesamten politisch-ideologischen Arbeit bis hin zur Hemmung von Initiative und Schöpferkraft in der täglichen fachlichen Arbeit. Mehrfach sehen die sich äußernden Personen auch einen Widerspruch zwischen dieser "Politik der Verbote" und der Forderung im Statut der SED nach offensiver ideologischer Auseinandersetzung.

Ältere Mitglieder der Partei verweisen auf eigene Lebenserfahrungen der ersten Nachkriegsjahrzehnte, in denen man sich angesichts der offenen Grenzen und vieler ungelöster gesellschaftlicher Probleme in weitaus stärkerem Maße als heute mit feindlichen oder falschen Positionen auseinandersetzen mußte und stellen in diesem Zusammenhang die Frage, ob unsere Position so schwach sei, daß wir eine öffentliche Polemik über diese Probleme nicht führen können?

In Sendbeiträgen westlicher Medien würden täglich Informationen verbreitet, die sich gegen die Entwicklung in der DDR richten, so daß man einzelne Artikel im "Sputnik" verkraften könne.

Derartige Entscheidungen würde, ihren eigenen Lebenserfahrungen zufolge, der Gegner immer zum Anlaß für verstärkte Hetze gegen uns nehmen.

"Erreicht" worden sei mit dieser Maßnahme eine enorm gestiegene Popularität sowjetischer Presse- und Filmerzeugnisse überhaupt. Es könne nicht ausgeschlossen werden, daß DDR-Bürger ihre Kontakte in das NSW ausnutzen werden, um in den Besitz dieser Zeitschrift zu kommen. (Vorliegenden internen Hinweisen zufolge entwickeln DDR-Bürger bereits erste diesbezügliche Aktivitäten.)

Reaktionen der Bevölkerung auf die Streichung des "Sputnik" von der Postzeitungsvertriebsliste der DDR

BStU
000005

4

Eine häufig wiederkehrende Auffassung ist, daß die DDR kein Recht habe, die Prozesse der Umgestaltung in der Sowjetunion zu bewerten. Die Darstellung und Beurteilung der sowjetischen Geschichte sei ausschließlich eine innere Angelegenheit der Sowjetunion. Die Maßnahme der DDR sei vielmehr Ausdruck der grundsätzlich zwiespältigen bzw. ablehnenden Haltung der Partei- und Staatsführung der DDR zur Politik der Umgestaltung in der UdSSR überhaupt. Offenbar würden ideologische Wirkungen auf die DDR-Bevölkerung befürchtet. Die zeitgleiche Überreichung der höchsten Auszeichnung der DDR, des Karl-Marx-Ordens, an den als "Reformgegner" bekannten N. CEAUSESCU bekräftige diese Einschätzung.

Dazu wird von dem genannten Personenkreis argumentiert, auch heute noch habe die Thälmannsche Lehre von der Haltung zur Sowjetunion als Prüfstein eines jeden Kommunisten Gültigkeit. Die in der DDR propagierte deutsch-sowjetische Freundschaft beziehe sich aber offenbar auf ein selbst entworfenes und veraltetes Bild von der Sowjetunion. Funktionäre und engagierte Mitglieder der DSF beklagen in diesem Zusammenhang, es werde immer komplizierter, den Beschuß des 13. Kongresses der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft nach der anschaulichen Vermittlung eines lebendigen Bildes des Lebens in der Sowjetunion umzusetzen. Es fehle an propagandistischem Zeitungs- und Filmmaterial.

Vorliegenden Hinweisen zufolge münden die ablehnenden Haltungen und damit verbundene Erwartungen hinsichtlich einer Korrektur dieser Entscheidung in erheblichem Umfang in folgende beachtenswerte Verhaltensweisen und Aktivitäten:

- Anbringen ablehnender Stellungnahmen an Wandzeitungen bzw. Aus(durch den Minister für ~~Hoch-~~ und Fachschulwesen wurde der Vorsitzende des Ministerrates der DDR über Erscheinungen in diesen Bildungseinrichtungen informiert);

Reaktionen der Bevölkerung auf die Streichung des "Sputnik" von der Postzeitungsvertriebsliste der DDR

BStU

000006

5

- Einzel- und Kollektiveingaben an zentrale Partei- und Staatsorgane sowie an den Zentralvorstand der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft, Briefe an Redaktionen;
- Sammlung von Unterschriften unter Protestschreiben bzw. ablehnende Stellungnahmen;
- zahlreiche angekündigte, z. T. bereits vollzogene Austritte aus der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft (in Einzelfällen Brigaden in Betrieben);
- Einzelbeispiele von Austritten aus der SED unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die Entscheidung.

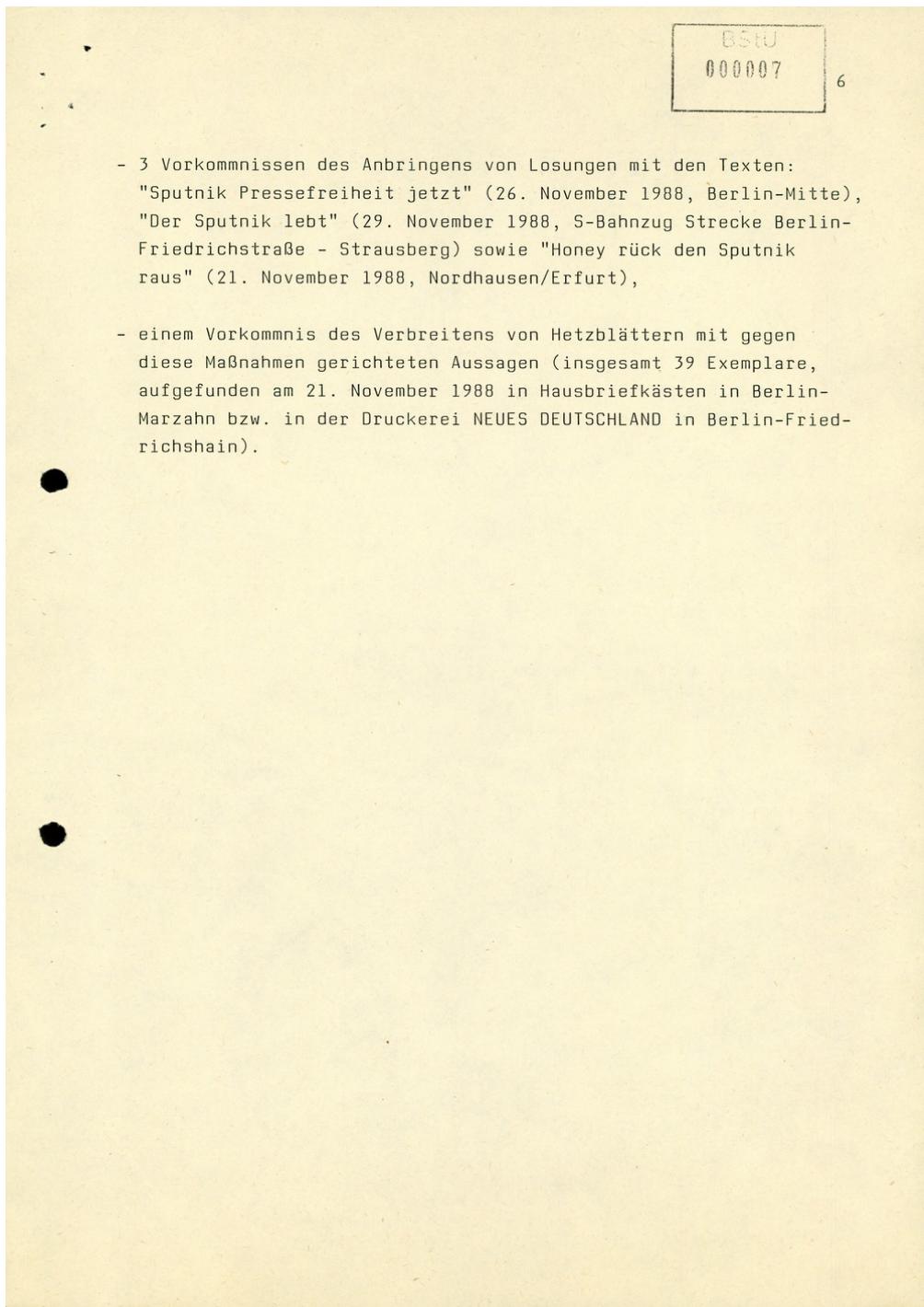
Hervorzuheben sind auch die wiederholten Bestrebungen einzelner Delegierter des X. Kongresses des Verbandes Bildender Künstler der DDR, die Verabschiedung einer Resolution durch den Kongreß zu initiieren, in der gegen diese Entscheidung protestiert und ihre Rücknahme gefordert wird.

Während einer Aufführung der Oper "Der Barbier von Sevilla" an der Semperoper Dresden am 26. November 1988 wurde von dem Darsteller des Figaro [REDACTED] in einer Spielszene in Abweichung vom Operntext geäußert, den Grafen Almaviva rasieren zu wollen. Dieser habe jetzt Zeit, da "er immer den Sputnik gelesen" habe.

Offensichtlich beeinflußt durch die seitens westlicher Massenmedien inszenierte Hetz- und Verleumdungskampagne gegen die DDR kam es darüber hinaus in der Hauptstadt der DDR, Berlin, sowie in Nordhausen/Erfurt zu

- einer provokatorisch-demonstrativen Handlung eines kirchlichen Mitarbeiters, der am 22. November 1988 am Fußgängertunnel Berlin-Alexanderplatz kurzfristig ein Plakat mit gegen diese Maßnahmen gerichtetem Inhalt entrollte,

Reaktionen der Bevölkerung auf die Streichung des "Sputnik" von der Postzeitungsvertriebsliste der DDR



Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 4244, BL. 2-7

Blatt 7